

Bankenaufsicht

Ausbaufähige Basis

Die Schlussbemerkung, mit der Elke König bei der Bekanntgabe der eigentlich erfreulichen AQR- und Stresstestergebnisse die 21 verbliebenen Kreditinstitute quasi in die direkte Aufsicht der EZB entließ, dürfte nicht nur die hiesige Kreditwirtschaft wenig beglücken. Denn die Präsidentin der BaFin formulierte ihre Erwartung, dass sich eine vergleichende Betrachtung der großen europäischen Banken auf dem mit dem Comprehensive Assessment erreichten Niveau zu einer jährlichen Übung entwickeln sollte. In welchem genauen Turnus man die jetzige Momentaufnahme des europäischen Bankensektors künftig aktualisieren müssen, wird bei der Entwicklung eines eigenen Profils sicherlich in die Überlegungen der europäischen Aufsichtsbehörden einfließen. Die betroffenen Banken in Deutschland und Europa werden sich mit einer routinemäßigen Wiederholung der Übung aber nur ungern anfreunden. Zwar würden bei einem zweiten, dritten und mehrfachen Durchlauf dieser Art sicherlich die Abläufe einfacher, und viele der diesmal aufgetretenen Schwierigkeiten und Fragen wären mit einem weitaus geringeren Aufwand zu lösen. Doch insgesamt bedeutet eine Datensammlung auf diesem umfangreichen Niveau ohne Frage einen erheblichen Kostenaufwand für die Institute und die Bindung vieler qualifizierter Mitarbeiter in diesem Projekt.

In der kontinuierlichen Aufrechterhaltung eines Zahlen- und Datengerüsts in der nun erreichten Qualität dürften die großen Kreditinstitute aber nicht alleine bleiben. Schon zuvor hatte Raimund Röseler als zuständiger Exekutivdirektor Bankenaufsicht auf den Charme einer breiteren quantitativen Beobachtungsbasis für kleine und mittlere Häuser hingewiesen, dabei aber gleichzeitig klar gemacht, die gerade von der deutschen Bankenaufsicht stark forcierten qualitativen Aspekte nicht aus dem Auge verlieren zu wollen.

Dem zuständigen Bundesbankvorstand Andreas Dombret war es bei der Einordnung der perspektivischen Wirkungen von AQR und Stresstest ein besonderes Anliegen, auf die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung zu einem wirklichen europäischen Kapitalmarkt hinzuweisen. Mit Blick auf die international eher bescheidene Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft versuchte er dabei den Schwung des guten Abschneidens der hiesigen Institute mitzunehmen, um die Weiterentwicklung einer europäischen Finanzmarktarchitektur voranzutreiben. Wenn es schon auf absehbare Zeit am Widerstand der nationalen Parlamente scheitern dürfte, eine Fiskal- und Wirtschaftsunion zustande

zu bringen, so seine Überlegung, so könnte eine noch stärkere Hinwendung zu einer europäischen Kapitalmarktunion den derzeit machbaren Zwischenschritt darstellen, mit dem sich nach Währungs- und Bankenunion das Modell Europa krisenfester und damit zukunftsfähiger machen lässt. Er verweist dabei nicht zuletzt auf die gerade von den G20, aber auch von Deutschland und Frankreich angestoßenen Überlegungen zu einer Verbesserung des Zugangs der Realwirtschaft zu alternativen Finanzierungsquellen. Ansatzpunkte sieht er in einer Belebung der Verbriefungsmärkte sowie allgemein in einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die europäischen Eigenkapital- und Fremdkapitalmärkte.

Der Tendenz nach erhofft sich Andreas Dombret eine Gewichtsverlagerung der Ertragsrechnung hiesiger Banken vom bisher vorherrschenden Zinsgeschäft hin zu Provisions- und Handelsgeschäften, vermeidet aber tunlichst Handlungsempfehlungen an bestimmte Institute. Zwar macht er aus einer gewissen Sympathie für Fusionen und/oder einer Ausdünnung von Filialnetzen keinen Hehl, lässt sich aber nicht zur Nennung von Banken locken, die er dabei im Auge hat. Betrachtet man die selbstbewusste Pressemitteilung, mit der der VÖB fast zeitgleich mit den Ergebnisberichten von EZB und Bundesbank die Bestätigung der Geschäftsmodelle aller öffentlichen Banken ausgerufen hat, kann man den Eindruck gewinnen, als wolle der Bundesbankvorstand die Euphorie an dieser Stelle wieder ein bisschen dämpfen.

Bankenstudie

Wer hat ein Problem?

Drei Geschäftsmodelle werden sich in der Bankenbranche langfristig durchsetzen: globale Universalbanken, Regionalinstitute und Spezialisten. So veröffentlichte im Oktober die Beratungsgesellschaft Bain & Company eines der Kernergebnisse ihrer aktuellen Studie mit dem bizarren Titel „Deutschlands Banken 2014: Jäger des verlorenen Schatzes“. Angesichts dieser bahnbrechenden Erkenntnis durfte man kurz innehalten und sich fragen, welche Banken es eigentlich gibt, die nicht eines dieser drei Geschäftsmodelle verfolgen? Eine Antwort hierauf blieb nicht nur die Pressemeldung, sondern auch die Studie selbst schuldig.

Ohne Zweifel hat die deutsche Kreditwirtschaft ein Ertragsproblem. Und eine Analyse der Daten von rund 2000 Finanzinstituten im Langzeitvergleich, das heißt seit Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, widerlegt aus Sicht der Auto-

ren um den neuen Bain-Deutschland-Chef Walter Sinn, die verbreitete Meinung, dass vor allem externe Faktoren und die jüngst verschärfte Regulierung für die derzeitige Profitabilitätsschwäche verantwortlich seien. Die von der Gruppe ermittelten Eckdaten sprechen in dieser Hinsicht Bände. Obwohl die Banken zwischen 1970 und 2013 ihre Geschäftsmodelle angepasst, ihre Bilanzsummen gesteigert und die Zahl der Filialen und Mitarbeiter reduziert haben, gelang es ihnen laut der Studie nicht, ihre Rentabilität zu erhöhen. Im Gegenteil: Während die Eigenkapitalrentabilität in der „Expansionsphase“ (1970 bis 1990) durchschnittlich 7,3 Prozent betrug, waren es während der „Phase der Globalisierung und Kapitalmarktorientierung“ (1991 bis 2007) 4,5 Prozent, in der „Neuordnungsphase“ seit 2008 werden im Mittel minus 0,4 Prozent errechnet.

Während der jüngsten Phase der Neuordnung ist demnach das Verhältnis von Teilbetriebsergebnis zu Eigenkapital von 21,3 Prozent auf 10,0 Prozent gesunken. Die Hauptgründe für den Rentabilitätsverfall sehen die Studienautoren im operativen Geschäft. Als ursächlich hierfür werden ein rückläufiger Zinsüberschuss, das stagnierende Provisionsergebnis und starre Kostenstrukturen identifiziert. Die Kosten müssen also weiter sinken, so appellieren die Autoren und nehmen damit einen Reflex auf, der die Branche ohnehin seit Jahrzehnten bewegt. Ganz konkret: Nach der Empfehlung von Bain muss die aggregierte Kostenbasis um weitere rund 30 Prozent gesenkt werden und die Cost Income Ratio auf deutlich unter 60 Prozent fallen, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Ein erneuter Aufruf zum Sparen, verbunden mit fünf von Bain identifizierten „Stellhebeln zur Zukunftssicherung“, unter anderem dem Anspruch, das eigene Geschäftsmodell im Hinblick auf Strukturveränderungen zu prüfen und die Digitalisierung voranzutreiben, mag in Banken und Sparkassen einen Anlass zum Nachdenken geben. Der Blick auf die Wettbewerbsbedingungen und die Marktbearbeitung vor Ort zeigt aber, dass allzu pauschale Feststellungen mehr Fragen aufwerfen als sie beantworten und dass Differenzierung nottut. Denn die Gegebenheiten für Kreditinstitute unterscheiden sich deutlich. Das betrifft auch die Fragen, ob die jeweilige Bank global, national oder regional tätig ist, ob und wie stark sie in eine Gruppe eingebunden ist, wie sich ihr Geschäftsgebiet wirtschaftlich entwickelt oder wie intensiv sie bereits auf externe Dienstleister zurückgreift. Die Rahmenbedingungen mögen sich verändern, die zentrale Herausforderung aber bleibt für jeden Einzelnen: die richtige Balance im eigenen Haus zu finden zwischen dem Erhalten eines authentischen Geschäftsmodells und des damit verbundenen Unternehmensprofils einerseits und den notwendigen Einsparungen andererseits.

Ertragsrechnung

Besserung nicht in Sicht

Der Spielraum für Ertragspotenziale bleibt kurzfristig eng bemessen. Dies ist das Resümee des Ausblicks, mit dem die Bundesbank in ihrem Monatsbericht September traditionell die Betrachtung zur Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft für das Vorjahr abschließt. Ausdrückliche Erwähnung finden diesmal die Ortsbanken der Verbände, deren „bislang noch recht stabile Ertragslage“ die Notenbank besonders stark betroffen sieht. In der Tat leiden die Primären sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite unter harten Bedingungen. Dass der Margendruck im überaus wichtigen Zinsgeschäft anhält und zunehmend die Zinsergebnisse aus der Fristentransformation belastet, spiegelt sich sowohl bei Sparkassen wie Kreditgenossenschaften in den Zahlen wider. Insbesondere bei den (kurzfristigen) Einlagen sieht die Bundesbank die Möglichkeiten zur Margensenkung ausgereizt, während sie auf der Aktivseite eine sukzessive Anpassung an das niedrige Marktzinsniveau durch das Abschmelzen der günstigen Konditionen aus langlaufenden Bindungsfristen registriert. Bei den Sparkassen ist dadurch der Anteil des Zinsüberschusses 2013 wieder auf 2,11 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) zurückgegangen, die Kreditgenossenschaften konnten ihn sogar noch einmal auf 2,25 Prozent heraufschrauben. In beiden Gruppen liegt die Relation aber deutlich niedriger als in den richtig guten Jahren 2010 und 2011, als die Sparkassen in der Spitze 2,20 Prozent und die Kreditgenossenschaften 2,33 Prozent erreichten.

Auf einen wirklichen Ausgleich durch das Provisionsgeschäft können die Ortsbanken nicht hoffen – es sei denn, sie läuten eine neue Runde der Diskussion über Verbundpreise ein. Für die Sparkassen ist der Provisionsüberschuss mit 0,57 Prozent der DBS seit sechs Jahren nahezu konstant geblieben, und für die Kreditgenossenschaften ist er seit 2009 auf 0,56 Prozent tendenziell zurückgegangen (nach 0,67 und 0,63 Prozent in den Ausnahmejahren 2007 und 2008). Günstige Wirkungen gingen 2013 einmal mehr von der Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft aus. Sie fiel sowohl bei den Sparkassen mit in Summe 0,1 Milliarden Euro als auch bei den Genossenschaftsbanken mit 0,3 Milliarden Euro sogar positiv aus. Aber das lässt sich ebenso wenig fortschreiben wie die durch die Regulierung tangierte Entwicklung der Verwaltungskosten. An dieser Stelle haben die Kreditgenossenschaften von 2,12 und 2,01 Prozent der DBS in den Jahren 2007 und 2008 auf 1,85 Prozent für 2013 einen gewaltigen Sprung gemacht. Sie sind mit dieser Relation den Sparkassen näher gerückt, die sich von 1,81 Prozent der DBS in 2008 auf 1,77 Prozent verbes-

sert haben. Nicht zuletzt an dieser Kennziffer wird man künftig ablesen können, inwieweit den Ortsbanken auf integrierter Ebene die intelligente Kombination aus Online- und Filialvertrieb gelingt.

Regulierung

GLEIF – Schritt zu Transparenz

Wenn die BaFin von der „Geburt einer neuen Infrastruktur der globalen Finanzmärkte“ spricht, ist das ein großes Wort. Verwendet wird diese fast schon euphorische Bewertung für eine Identifikationskennziffer, die künftig Licht in das globale Geflecht von Finanztransaktionen bringen soll. Die Idee klingt einfach: Mit einem weltweit an die Teilnehmer von Finanztransaktionen vergebenen Code von Buchstaben und Ziffern soll für jede juristische Person und andere am Finanzmarkt tätige Akteure, also etwa Banken, Investmentfonds und Schattenbanken, klar nachverfolgt werden können, an welchen Geschäften sie beteiligt waren. Von den 20 Stellen der vorgesehenen Kennziffer sind vier für die Kennung der Vergabestelle und zwölf für die der Teilnehmer vorgesehen. Natürliche Personen sollen einstweilen noch nicht erfasst werden, über eine Einbeziehung wird aber bereits nachgedacht.

Initiiert worden ist der Legal Entity Identifier (LEI) von den G20-Staaten, die im Jahre 2011 den Finanzstabilitätsrat (FSB) beauftragten, ein solches weltweites Identifizierungssystem aufzubauen. Nach den Erfahrungen mit der Lehman-Pleite, die auch nach Wochen und Monaten in vielen Häusern nur vage Aussagen darüber zuließ, wer mit welchen Exposures von den Folgen betroffen war, soll mit der Kennzeichnungspflicht der beteiligten Instanzen größere Transparenz auf den Finanzmärkten hergestellt werden. Insbesondere mit Blick auf die Derivate- und Verbriefungsstruktur hatte sich in den USA schon 2011 mit dem Dodd-Frank Act eine Sympathie für den Einsatz von LEIs gezeigt.

Im weltweiten Derivatehandel ist die Identifikationsnummer heute bereits Pflicht. Und die Europäische Behörde für Versicherungswesen und betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority – EIOPA) hat in einer Richtlinie die Verwendung des LEI für alle von ihr gesammelten Informationen einschließlich Solvency II Reporting und Registereinträgen zum 31. Dezember 2014 bestätigt. Aber die Idee für eine Nutzung eines offenen weltweiten Standards geht weit darüber hinaus. Von der Transparenz von Kredit-, Garantie- und Derivatebeziehungen über die Identifikation von Meldungen aller Finanzdienstleister an die Aufsichtsbehörden bis hin zu den Ratingagenturen gehen die mehr oder weniger

konkreten Vorstellungen von den Einsatzbereichen. Die beteiligten Unternehmen selbst sollen das Instrument für hauseigene Zwecke von Risikomanagement und Controlling nutzen können. Und das EU-Parlament hat angeregt, mit dem LEI auch den Schattenbankensektor zu durchleuchten.

Über die Phase des reinen Nachdenkens ist das Projekt seit Mitte dieses Jahres hinweg. Ende Juni wurde eine Stiftung nach Schweizer Recht gegründet (Global Legal Entity Identifier Foundation – GLEIF), die ihrerseits eine noch einzurichtende operative Einheit betreiben soll, deren Standort gerade gesucht wird. Diese wiederum soll eine weltweit frei verfügbare Datenbank aufbauen und betreiben, die alle LEIs laufend registrieren, aktualisieren und für eine vergleichbare Datenqualität sorgen soll. Zurückgreifen kann sie dabei auf nationale Vergabestellen (Ende September 2014 waren es 17), die weltweit miteinander im Wettbewerb stehen. Aus Deutschland gehören derzeit WM Datenservice und der Bundesanzeiger Verlag dazu.

Aufgabe des Aufsichtsrats der Stiftung – mit Wolfgang König vom House of Finance der Universität Frankfurt als deutsches Mitglied – ist die Schaffung und Sicherstellung einer vergleichbaren Datenqualität. Als ständige Herausforderung wird zudem die Wahrung der Unabhängigkeit im öffentlichen Interesse sowie nicht zuletzt der Schaffung einer weltweiten Akzeptanz gesehen. Eine Daueraufgabe bleibt zudem die Finanzierung des Projektes, denn die geschaffene Governance-Struktur beinhaltet das Verbot, Gewinne zu erzielen. Die Hoffnung auf großzügige Spenden als Starthilfe hat sich nicht in dem erhofften Maße erfüllt. Das System ist damit maßgeblich auf die Umlagen aus den Vergabestellen angewiesen. Vertrauen in eine Instanz zu schaffen, die Kennzeichnungen vergibt und mit gesammelten Daten Profile von Marktakteuren anlegen kann, ist gerade in Deutschland keine leichte Übung. Mitten in einer teils sehr emotional geführten Diskussion um die Erstellung von Bewegungs- und Gewohnheitsbildern ihrer Kunden durch Unternehmen wie Google, Amazon oder Facebook muss man den Unterschied zwischen guten und schlechten Datensammlungen herausarbeiten.

Dass sich der hessische Wirtschaftsminister AI-Wazir die Zeit genommen hat, eine Informationsveranstaltung der Stiftung des LEI-Projektes in Frankfurt mit einem Grußwort zu eröffnen, ist Teil des Standortmarketings der hessischen Landesregierung. Denn die Finanzmetropole ist als möglicher Sitz der operativen Geschäftsstelle im Gespräch, die die Arbeit der GLEIF weltweit koordinieren soll. Der Einsatz beim Werben für eine weitere europäische Institution lohnt sich. Ob aber Deutschland mit seinem gesunden Misstrauen zum Umgang mit Daten wirklich Chancen auf den Zuschlag hat?